

Friedliche Kundgebung: Arbeitnehmende-Organisationen im Gesundheitsbereich machten vorletzte Woche vor dem Grossratsgebäude auf ihre Anliegen aufmerksam



Erschöpft und enttäuscht, aber im Kampfmodus

Statt besseren Arbeitsbedingungen und mehr Lohn ist das Pflegepersonal ohne alles in die zweite Welle gestürzt. Die politische Unterstützung fehlt – zurückbleiben Frust und Zorn.

von Pierina Hassler (Text) und Olivia Aebli-Item (Bilder)

er junge Pflegefachmann Jan Honegger bringt es in einem offenen Brief an das Bundesamt für Gesundheit (BAG) «fadagrad» auf den Punkt: «Wir Pflegefachkräfte machen unseren Beruf gerne. Aber nicht mehr unter solchen Voraussetzungen.» Die Zeit der Selbstaufopferung für andere sei vorbei. «Pflege ist ein Beruf, kein Dienst Gottes.» Sein Schreiben wurde auf Facebook in den höchsten Tönen gelobt und viele Male geteilt.

Seit sich die Schweizer Bevölkerung letzten Frühling mit einer Klatschaktion beim Pflegepersonal für den unermüdlichen Einsatz bedankte, hat sich an dessen Arbeitssituation kaum etwas verändert. Im Gegenteil: Vor gut zehn Tagen behandelte der Grosse Rat einen Fraktionsauftrag der SP. Dieser forderte bessere Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal (Ausgabe vom 23. Oktober) Die Bündner Regierung hätte sich mit allen Mitteln für die Ausarbeitung eines Gesamtarbeitsvertrages (GAV) einsetzen müssen. Das Be gehren wurde abgelehnt.

Halbherzige Offensive

Das ist nicht die erste Enttäuschung, die das Pflegepersonal von der Politik hinnehmen muss. Nach der ersten Corona-Welle hätten Mitarbeitende der Pflege noch gehofft, dass die Not erkannt würde,

dass ihre Anliegen Unterstützung erfahren würden, sagt Renate Rutishauser, SP-Grossrätin und Präsidentin des Pflegeberufsverbandes Graubünden (SBK). «Die erste Enttäuschung war wohl, als der Ständerat im Juni die Pflegeinitiative beraten hat.» Unter anderem ver langt das Volksbegehren, dass der Lohn während der Ausbildung zur Pflegefachperson erhöht werden muss. Der Ständerat wollte aber die Kantone nicht zur Mitfinanzie rung aufrufen. Die kleine Kammer entschied sich für eine halbherzige Ausbildungsoffensive und verzichtete darauf, Massnahmen zur Erhöhung der Berufsverweildauer zu ergreifen.

Mit Maske

In der Zwischenzeit ist die Schweiz mitten in der zweiten Welle. In Graubünden sind es 2604 bestätigte Fälle. 38 Menschen befinden sich im Spital. Neun davon mussten auf die Intensivstation verlegt werden – acht Personen hängen am Beatmungsgerät. Tendenz steigend (Stand gestern 18 Uhr).

Kaum also hat das Pflegepersonal die erste Welle hinter sich, rutscht es in die zweite. «Erschöpft,

Kaum also hat sich das Pflegepersonal von der ersten Welle erholt, rutscht es in die zweite. enttäuscht und frustriert sahen wir eine Protestwoche, zusammen mit den Gewerkschaften, als Möglichkeit, erneut auf die Not des Gesundheitspersonals aufmerksam zu machen», so Rutishauser. «Denn daraus entwickelt sich eine dramatische Lage für die Bevölkerung.»

Gelebte Sozialpartnerschaft

Die Liste der Forderung des Bündner «Bündnisses für gute Gesundheit» ist lang. Jeder einzelne Punkt hat seine Richtigkeit. «Unsere Mindestforderungen sind aber Einhalten des Arbeitsrechts, Umsetzung der Pflegeinitiative und flächendeckende Gesamtarbeitsverträge.» Apropos Einhalten des Arbeitsrechts – aktuell wird dieses ziemlich ausgereizt. Die Spitäler fordern ihr Personal dazu auf, falls in Quarantäne, doch bitte zu arbeiten. Selbstverständlich mit Maske (siehe Textausriss oben).

Thomas Hensel vom Regionalsekretariat VPOD Grischun (Verband des Personals öffentlicher Dienste) kämpft schon lange für einen GAV im Gesundheitswesen. «Auf politischer Ebene ist der GAV in Graubfunden das zentrale Thema.» Es sei schlicht das Instrument der gelebten Sozialpartnerschaft.

Mehr Unterstützung

Die Regierung habe schon mehrmals erkannt und auch betont, dass es eine Sozialpartnerschaft brauche. «Beispielsweise alt Regierungsrätin Barbara Janom Steiner im Rahmen des Referendums «Klatschen alleine genügt wirklich nicht. Jetzt muss etwas bewegt werden.»

Thomas Hensel VPOD Grischun

gegen die Spitalfinanzierung oder Christian Rathgeb anlässlich eines runden Tisches betreffend Fachkräftemangel», so Hensel. «Statt jedoch gemeinsam am gleichen Strick in die gleiche Richtung zu ziehen, scheinen vorab die Arbeitgebenden Angst davor zu haben, etwas zu verlieren.» Dabei gehe es doch um den Gesundheitsstandort Graubünden und sein «gesundes» Gesundheitspersonal.

Für Hensel war die Protestaktion wichtig, um zu zeigen, dass sich Arbeitgebende und Politik in Graubünden bewegen müssen «Klatschen alleine genügt wirklich nicht.» Es sei wieder das Gesundheitspersonal, welches Arbeitskraft und Kompetenzen erbringe so Hensel. «Es sind die Frauen und Männer, welche in der aktuellen zweiten Welle einmal mehr hinstehen und sich gegen die Auswirkungen stemmen.» Währenddessen diskutiere die Politik über mögliche Schutzmassnahmen «Jetzt ist aber die dringende Unterstützung und Aufwertung des Gesundheitspersonals gefragt Es muss gehandelt werden.